



Auswertung 2016

Register Charlottenburg- Wilmersdorf



**unabhängige Dokumentation und Analyse
rechter und diskriminierender Vorfälle**

Inhaltsübersicht

| | |
|--|----|
| Inhalts- und Kontaktübersicht | 2 |
| Zusammenfassung: Anstieg auf 229 Vorfälle | 3 |
| Art der Vorfälle: Kampf um die Köpfe – Kampf um die Straße | 4 |
| Angriffe: Mehr rassistische Angriffe als im Vorjahr | 6 |
| Ortsteile: Rechte Offensive in Charlottenburg | 7 |
| Motive: Rassistische Mobilisierung seit 2015 fortgesetzt | 8 |
| Handlungsempfehlungen | 10 |
| Raumnahme der Neuen Rechten im Bezirk | 14 |
| AfD in der Bezirksverordnetenversammlung | 17 |
| Über das Register Charlottenburg-Wilmersdorf | 18 |
| Danksagungen und Impressum | 19 |

Kontaktieren Sie uns!

Kontakt:

E-Mail cw@berliner-register.de
Telefon +49 (0)1577 78304208
Web www.berliner-register.de

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf nimmt Beobachtungen und Erlebnisse auf: Rechte und diskriminierende Angriffe, Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien, Hitlergrüße, Sachbeschädigungen, Veranstaltungen, Kundgebungen, Aufkleber, Sprühereien oder Gräberschändungen registrieren wir.

Post- und Besuchsanschrift:

Register Charlottenburg-
Wilmersdorf
c/o SJD – Die Falken Berlin
Schloßstraße 19
14059 Berlin

Wenn Sie Opfer, Angehörige*r oder Zeug*in eines Angriffs wurden, wenden Sie sich bitte direkt an die Berliner Opferberatung „ReachOut“: www.reachoutberlin.de

Anstieg auf 229 Vorfälle

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf recherchierte im Bezirk 229 rechte und diskriminierende Vorfälle im Jahr 2016 (Abb. 1), 26 Prozent mehr als im Vorjahr. In Berlin gab es 2668 Fälle.

Auch die Angriffsstatistik der Opferberatung ReachOut verzeichnet diesen Trend: Seit Jahren steigen die Angriffe. 2016 zählte ReachOut 26 Angriffe in Charlottenburg-Wilmersdorf (Abb. 1).

140 Vorfälle ereigneten sich allein im Ortsteil *Charlottenburg* – wie auch in den letzten Jahren mit Abstand die meisten und deutlich gestiegen. Im Ortsteil *Wilmersdorf* gab es 38 Vorfälle, ein starker Anstieg. In *Westend* gab es über ein Drittel weniger Vorfälle (12). Unter 5 Vorfälle geschahen in *Charlottenburg-Nord*, *Grunewald*, *Schmargendorf* und *Halensee*. Das entspricht dort den Vorjahreswerten (Abb. 2).

Im *Frühjahr* gab es die meisten Vorfälle. Am häufigsten (33-mal) geschah dies im *April*. Im Durchschnitt passierte *alle 1-2 Tage* ein Vorfall (Abb. 3). *Rassismus* war das häufigste Motiv (86), der *politische Gegner* wurde vermehrt zum Ziel (31, S. 8). *Veranstaltungen* rechter Gruppen gingen zurück (46, siehe S. 4 u. 14).

Die Jahreswerte beziehen sich 2012 bis Mai 2013 auf die Recherchen der antifaschistischen Chronologie des Infoportal CW. Seit 2013 ist das Register mit einer Personalstelle zur Recherche besetzt.

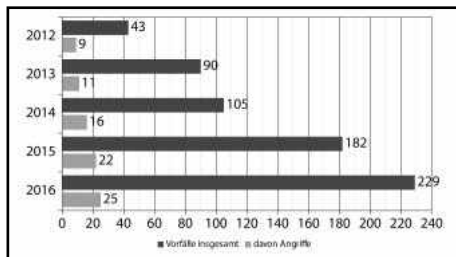


Abb. 1: Vorfälle und Angriffe im Bezirk, 2012-2016

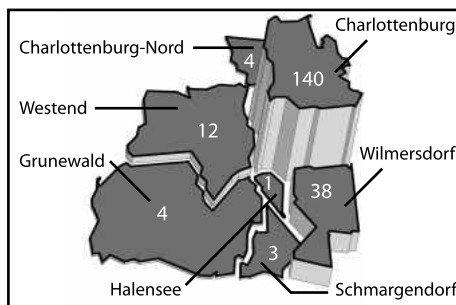


Abb. 2: Vorfälle nach Ortsteilen, 2016

Fehlend bis 229 Vorfälle: bezirkswweit (8), online (15), unbekannter Ort (4).

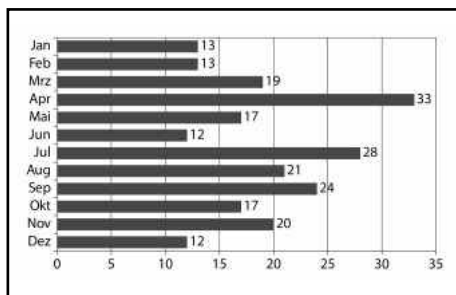


Abb. 3: Vorfälle nach Monaten, 2016

Titelfoto: Links ein Aufkleber der Identitären Bewegung mit dem Schriftzug „Prinz Eugen, Leonidas, Karl Martell, do it again“. Die kämpften in Kriegen gegen persische, arabische, osmanische Soldaten. Die Identitäre Bewegung vertritt rassistische Ideen. Der Sticker steht für extremes Vorgehen gegen Muslim*innen.

Kampf um die Köpfe – Kampf um die Straße

Propaganda war mit 96 Vorfällen die häufigste Vorgehensweise der extremen und populistischen Rechten im Jahr 2016. Der Anteil an allen erfassten Vorfällen lag bei 42 Prozent. Es handelt sich um einen Anstieg um 75 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2015: 55).

Es gab 42 *Veranstaltungen* populistischer und extrem rechter Gruppierungen (Abb. 4). Vorträge fanden vor allem in rechten Einrichtungen und Hinterzimmern statt, selten Demonstrationen. Bemerkenswert ist der starke Rückgang gegenüber 2015: Im Vorjahr gab es 74 Veranstaltungen. Hierzu hat beigetragen, dass sich die reichsideologische Gruppe „Neuschwabenlandtreffen“ zurück-

gezogen hat. Mangels konkreter Hinweise auf Zweck und Ort zahlreicher Treffen neurechter Gruppierungen wurden diese nicht im Register erfasst. Also ist anzunehmen, dass deutlich mehr Veranstaltungen stattfanden.

Es gab 39 *Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien* (Abb. 4). Davon waren 12 antiziganistisch rassistisch motiviert, eine Verdopplung. 10 Bedrohungen und Beleidigungen richteten sich gegen den politischen Gegner, eine Verdreifachung. Im Vorjahr hatte es 20 Bedrohungen gegeben, dies ist nahezu eine Verdopplung. *Angriffe* mit rassistischen, antisemitischem, homo- oder transfeindlichem oder extrem rechten Hintergrund (Abb. 5, S. 6) steigen seit jeher an. Seit 2011

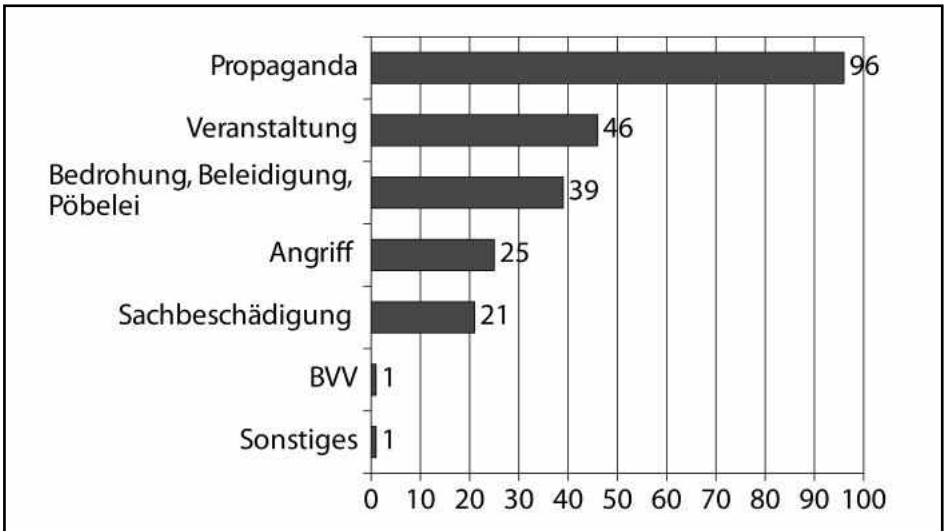


Abb. 4: Vorfallesarten ausgewertet, 2016

haben sie sich mehr als vervierfacht und sind stärker als im Berliner Vergleich angestiegen. Im Jahr 2016 gab es in Charlottenburg-Wilmersdorf 26 Angriffe. In ganz Berlin gab es 2016 insgesamt 365 Angriffe. Im Bezirksvergleich ereigneten sich in Charlottenburg-Wilmersdorf also unterdurchschnittlich viele Angriffe. Die Zahlen werden mit der Opferberatungsstelle ReachOut abgeglichen.

Es gab 20 rechtsgerichtete und diskriminierende *Sachbeschädigungen* (Abb. 4). Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie um 163 Prozent an. Es handelt sich um die Vorfallsart mit dem stärksten Anstieg gegenüber dem Vorjahr.

Neu im Register Charlottenburg-Wilmersdorf ist die Kategorie „*Bezirksverordnetenversammlung*“ (Abb. 4). Hierin werden Wortbeiträge und Anträge extrem rechter oder rechtspopulistischer Parteien ausgewertet. Erstmals seit das Register Charlottenburg-Wilmersdorf aufzeichnet, befindet sich seit September 2016 eine Fraktion in der BVV, die für diese Kategorie in Frage kommt: die Alternative für Deutschland (AfD). Die Alternative für Deutschland (AfD) ist ein Sammelbecken unterschiedlicher Kräfte, in dieser befinden sich neben rechtspopulistischen und neurechten Personen und Positionen auch extrem rechte. Da die Bezirksverordnetenfraktion erst selten tagte, lässt sich nicht abschließend sagen, ob die Äußerungen aus der AfD-Fraktion regelmäßig in das Register aufgenommen werden. Im Jahr 2016 wurde 1 Vorfall im Dezember erfasst, bei dem die AfD auf ihrer Website den Eindruck erweckte, das Bezirksamt wolle in privates Eigentum eingreifen um Geflüchtete in Westend unterzubringen. Tatsächlich

ging es um die Beschlagnahmung von Gebäuden der landeseigenen Gesellschaft „BIM“. Durch die Darstellung der AfD werden Ängste zu Ungunsten geflüchteter Menschen geschürt.

1 *sonstiger Fall* (Abb. 4) war der Diebstahl von Material des politischen Gegners im Gebäude des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) an der Technischen Universität.

In der Gesamtschau ist auffällig, dass *Angriffe, Bedrohungen, Beleidigung und Pöbeleien* sowie *Sachbeschädigungen* – also solche Vorfälle, die sich direkt gegen Betroffene rechter Gewalt und von Diskriminierung richten – gestiegen sind. *Propaganda*, eine öffentliche Raumnahme, stieg ebenfalls stark an. *Veranstaltungen* dienen der Vernetzung und Theoriebildung. Sie nahmen ab und hatten in den Vorjahren dominiert. Hieran lässt sich eine *Schwerpunktverschiebung der rechten Szene* erkennen. Sie ging deutlich *direkter gegen Personen* vor und konnte dabei *in den zuvor gebildeten Netzwerken* wirken.

Berlinweit war Propaganda die häufigste Kategorie: 51 Prozent aller Vorfälle. Charlottenburg-Wilmersdorf befand sich hierbei – trotz des Bezirksspitzenwerts, knapp unterhalb des Berliner Durchschnitts, ebenso bei den Angriffen. Bei Veranstaltungen sowie Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien befand sich der Charlottenburg-Wilmersdorfer Wert deutlich oberhalb des Durchschnitts. Charlottenburg-Wilmersdorf lag bei Sachbeschädigungen auf dem 3. Rang der Berliner Bezirke, nur in Mitte und Marzahn-Hellersdorf fanden mehr Sachbeschädigungen statt.

Mehr rassistische Angriffe als im Vorjahr

Im Jahr 2016 fanden in Charlottenburg-Wilmersdorf 26 Angriffe statt, 18 Prozent mehr als im Vorjahr. In ganz Berlin gab es 365 Angriffe, ebenso ein Anstieg. Charlottenburg-Wilmersdorf liegt im Berliner Mittelfeld, vergleichbar mit Pankow (28) und Lichtenberg (26). Die meisten Angriffe gab es in Mitte (68).

Die Angriffe im Bezirk geschahen *zu allen Tageszeiten*: nachts, tagsüber und abends. Die Hälfte der Angriffe geschah im Frühjahr: 7 Angriffe fanden allein im April statt. In den anderen Monaten geschahen 1 bis 2 Angriffe, im Februar keiner (Abb. 5). Die Angriffswelle im Frühjahr knüpfte an den Höhepunkt des Jahres 2015 im Herbst an. Bundesweit fanden in dieser Zeit sehr viele Angriffe statt, was im Frühjahr auch in den Medien diskutiert wurde.

11 Angriffe ereigneten sich auf *Bahnhöfen, in der U-Bahn und in Taxis*. 9 Angriffe fanden *auf offener Straße* statt. 4 Angriffe geschahen in *Innen-*

räumen: 2-mal zu Hause und je 1-mal in der Schule und am Arbeitsplatz. Außerdem gab es 2 massiv bedrohliche Briefe. Von diesen Angriffen fanden 3 in oder an einer Geflüchtetenunterkunft statt.

18 waren *rassistisch*, 7 *antisemitisch* motiviert. 1 richtete sich gegen den *politischen Gegner*. Die rassistischen Angriffe stiegen um 50 Prozent an (Abb. 5).

Typische Vorfälle waren:

Am 27. April 2015 bedroht ein Mann aus rassistischer Motivation einen anderen Mann am U-Bahnhof Güntzelstraße in Wilmersdorf und würgt ihn mit einer Silberkette.

Am 9. November 2016 wurde der Betroffene in Charlottenburg vor seinen Geschäftsräumen erst antisemitisch beleidigt und, als er in die Räume flüchten wollte, so hart gepackt, dass er sichtbare Hämatome davon trug. Der Täter hatte sein Opfer zuvor als Juden ausfindig gemacht.

Anfang des Jahres wurden Briefkästen und Namensschilder in zwei Wohnhäusern, in den Geflüchtete wohnen, in Wilmersdorf entwendet, beschädigt und beschmiert.

Ein besonders heftiger Angriff: Am 7. April 2016 stieß ein 55-jähriger Mitarbeiter des Ordnungsamts einen 40-jährigen Mann in der Uhlandstraße in Wilmersdorf mit Ellbogen und Schulter und beleidigte ihn rassistisch.

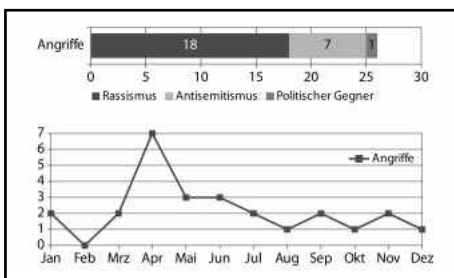


Abb. 5: Angriffe ausgewertet nach Motiven und Monaten, 2016

Rechte Offensive in Charlottenburg

Im Ortsteil *Charlottenburg* fanden 140 Vorfälle statt (61 Prozent). *Wilmerdorf* hatte 38 Vorfälle (17 Prozent). In *Westend* ereigneten sich 12 Vorfälle. In *Grunewald* und *Charlottenburg-Nord* geschehen je 4 Vorfälle, in *Schmargendorf 3*, in *Halensee* 1 Vorfall (Abb. 6).

in Charlottenburg. Als ehemalige Innenstadt West-Berlins übt es eine hohe Identifikation bei rechten Akteur*innen aus.

Charlottenburg führt die Statistik in allen Vorfallsarten an (Abb. 6): 48-mal gab es Propaganda, z.B. Aufkleber. Diese stieg um 153 Prozent an.

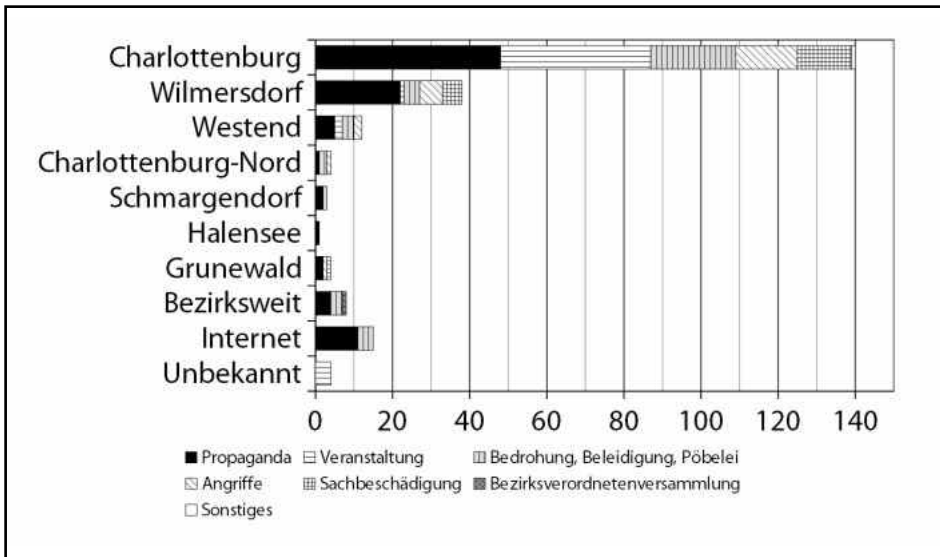


Abb. 6: Vorfälle in den Ortsteilen ausgewertet nach Vollfahrtsarten, 2016

Die beiden Ortskerne Charlottenburg und Wilmerdorf führen die Statistik also an. Den Schwerpunkt bildete der Ortsteil Charlottenburg. Dies hat verschiedene Gründe: *Charlottenburg* hat die meisten Einwohner*innen. Menschen mit Migrationsgeschichte leben im Bezirk relativ häufig dort. Viele jüdische Einrichtungen befinden sich im Bezirk. Viele Verkehrsknotenpunkte sind

Es folgen Veranstaltungen (39), Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbelei (22 – eine Verdopplung). Es gab 16 Angriffe, 6 mehr als im Jahr vorher. Sachbeschädigungen stiegen von 5 auf 14 an. Auch bei den Motiven lag der Ortsteil stets vorn: Rechte Selbstdarstellung (41), Rassismus (39), Antisemitismus (34) und Politischer Gegner (21).

(Fortsetzung: Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7) Mit Ausnahme der NS-Verherrlichung stiegen alle Motivkategorien an. Antisemitismus verdreifachte sich gegenüber dem Vorjahr.

In den Vorjahren hat sich eine neurechte Szene in *Charlottenburg* etabliert. Diese wirkte durch Propaganda in die Öffentlichkeit und griff vermehrt an, bedrohte und zerstörte. Aktionsschwerpunkte lagen um den Ernst-Reuter-Platz, um den Kurfürstendamm und die Kantstraße.

In *Wilmersdorf* war die Mehrzahl der Vorfälle Propaganda (22). Es gab 6 Angriffe (Abb. 6). Schwerpunkte waren um die Düsseldorfer Straße, Barstraße und den Volkspark.

In Westend war Propaganda (5) das häufigste Motiv. In *Grunewald* gab es

Propaganda (2), 1 Sachbeschädigung, 1 Angriff, überwiegend antisemitisch motiviert. In *Charlottenburg-Nord* gab es 1 Angriff, 2 Bedrohungen und 1 Hakenkreuzgraffiti. In *Schmargendorf* und *Halensee* dominierte Propaganda (Abb. 6).

Bei 4 Veranstaltungen blieb der Ort *unbekannt*. 7 Vorfälle ereigneten sich *bezirksweit*, also ortsteilübergreifend. Der Kategorie *Internet* wurden 15 Vorfälle zugeordnet. 12-mal handelte sich um rassistische Propaganda der NPD auf Facebook, die Geflüchtete und Kriminalität in einen Zusammenhang setzten. Die AfD schüchtern zweimal den Politischen Gegner ein durch die Veröffentlichung derer E-Mail-Adressen.

Rassistische Mobilisierung seit 2015 fortgesetzt

Das häufigste Motiv rechter und diskriminierender Gewalt war *Rassismus* (Abb. 8). Insgesamt gab es 86 rassistische Vorfälle. Davon richteten sich 32 Vorfälle gegen Menschen muslimischen Glau-

bens („antimuslimischer Rassismus“), und 16 gegen Sintizze*Sinti und Romnja*Roma („Antiziganismus“). In der direkten Nähe von Geflüchtetenlagern fanden 8 rassistische Vorfälle statt. (Abb. 7) Rassistisch motivierte Vorfälle stiegen um mehr als ein Drittel gegenüber dem Vorjahr an. Insbesondere die rassistische Propaganda (42 Vorfälle) hat massiv zugenommen. Sie verdoppelte sich gegenüber dem Vorjahr. Am zweithäufigsten geschah Rassismus in der Form von körperlichen Angriffen (18-mal) sowie Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (ebenfalls 18-mal). Beleidigungen gingen oftmals von öffentlichen Stellen aus, darunter

Rassismus

Rassismus ist die Abgrenzung von Menschengruppen durch die Zuschreibung willkürlich festgelegter sichtbarer, unsichtbarer, behaupteter oder wirklicher biologischer Merkmale. Den Ausgegrenzten werden negative, biologische und/oder kulturelle Eigenschaften zugeschrieben.

Schulen, Ämter und das Jobcenter. Bei einer von 3 rassistisch motivierten Sachbeschädigungen wurde ein Stein in ein Gebäude geworfen, in dem Geflüchtete aufgenommen werden sollten. Rassistische Vorfälle stiegen um 46 Prozent gegenüber dem Vorjahr an.

Der *selbstdarstellerische Auftritt neonazistischer und neurechter Gruppierungen* war das zweithäufigste Motiv. Hierzu nutzten sie 59 Vorträge,

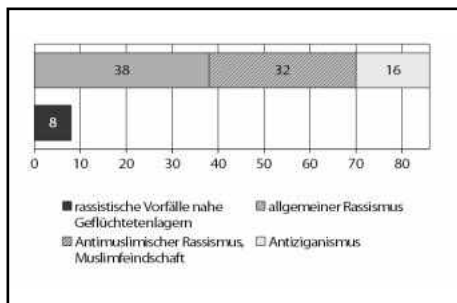


Abb. 7: Vorfälle mit rassistischen Motiven, 2016

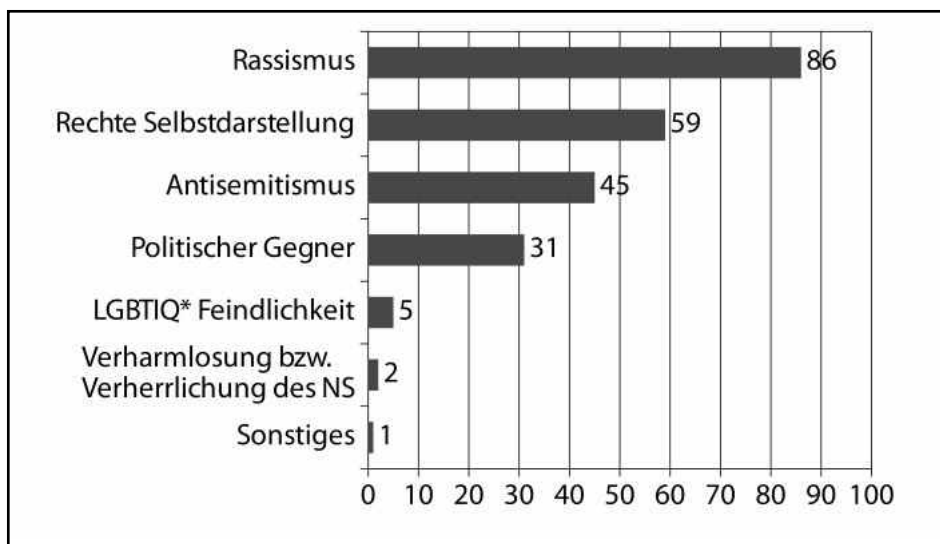


Abb. 8: Vorfälle nach Motiven ausgewertet, 2016

Parteiveranstaltungen, Kundgebungen, Infostände und Aufkleber. Der rechten Selbstdarstellung im öffentlichen Raum wurde 32-mal Propaganda genutzt. Hierzu nutzten die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD), die neurechte Identitäre Bewegung, Pegida und der extrem rechte „Orden der Patrioten“ Aufkleber, Graffitis und Plakataktionen. Es wurden 11 Wahlkampfaktionen der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland

bekannt und je 1 der neonazistischen NPD und der rechtspopulistischen Pro Deutschland. 23 Veranstaltungen wurden zur rechten Selbstdarstellung genutzt. Es wurden 2 Wahlkampfveranstaltungen der rechts-populistischen Partei Alternative für Deutschland im Ratskeller Charlottenburg bekannt. Einmal beschimpften Wahlkampfhelfer der Alternative für Deutschland Passanten, die ihnen als antirassistische Aktivisten bekannt waren. (Fortsetzung: Seite 10)

Jetzt gegensteuern:

#1 Sensibilisierung

Anwohner*innen und politische Akteur*innen sollten für die steigenden Vorfälle, insbesondere Angriffe, sensibilisiert werden und passende Antworten entwickeln können.

#2 Dunkelfelder erhellen

Vor allem in Charlottenburg-Nord sind lokale, zivile Strukturen vonnöten, die sensibel für rechte und diskriminierende Ereignisse sind. So kann Diskriminierung aufgezeigt und entgegengewirkt werden. Dies gilt auch für Grunewald und Schmargendorf.

#3 Aktivwerden in Charlottenburg

Gegen die hohen Angriffs- und Vorfallszahlen in Charlottenburg müssen lokale Akteur*innen Antworten finden. Dasselbe gilt für Antisemitismus. Gegen den Qudstag-Aufmarsch benötigt es verbesserte Handlungsstrategien – auch staatlicherseits.

#4 Der Neuen Rechten den Raum nehmen

Die Neue Rechte hat sich im Bezirk festgesetzt: Junge Freiheit, Bibliothek des Konservatismus, Veranstaltungsräume. Die antifaschistische Zivilgesellschaft sollte Strategien entwickeln, der Neuen Rechten demokratische Strukturen entgegenzustellen.

#5 Gaststättenpersonal unterstützen

Rechte Veranstaltungsreihen, Netzwerke und Strukturen sollten Gastwirt*innen im Bezirk erkennen lernen, damit d. Anmietungsversuche aufhören.

8 Anregungen!

#6 Propaganda melden

Aufkleber, Plakate und Schmierereien von rechten Parteien, Gruppen und Einzelakteur*innen sollten dem Register gemeldet werden. Dazu müssen rechte Szenecodes erkannt werden können.

#7 Anlaufstelle des Registers werden

Kiezinitiativen, migrantisch Selbstorganisationen, Vereine, Jugendklubs, Abgeordnetenbüros: sie alle können Anlaufstelle des Register Charlottenburg-Wilmersdorf werden, in den Kiez wirken und zur Erhellung des Dunkelfelds beitragen.

#8 Register fortsetzen

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wirkt. Es sollte seine Arbeit fortführen. Es sollte sein Netzwerk aus Anlaufstellen ausbauen. Es bedarf einer hinreichenden Finanzierung des Registers – vom Bezirk und vom Land.

Fortsetzung: Rassistische Mobilisierung seit 2015

(Fortsetzung von Seite 9:)

Die Identitäre Bewegung versuchte das Theaterstück „Fear“ in der Schaubühne zu stören, wurde aber gehindert.

45 Vorfälle waren *antisemitisch* motiviert (Abb. 9). Ein gefälschter Brief verbreitete im September im Grunewald im Namen des Bezirksbürgermeisters die Falschbehauptung, der Bau einer Synagoge sei dort anstelle von Baumaßnahmen geplant. An der Technischen Universität und anderen deutschen Hochschulen gab es einen Hackerangriff im April: plötzlich spuckten Drucker fünf antisemitische Pamphlete aus. Besonders heftig war eine Serie kleiner Zettel mit verschwörungsideologischem Inhalt in Charlottenburg, die Jüdische Menschen dämonisierten. Sie tauchten gezielt in ihrem Umfeld auf: im Bus zur Arbeit, in Bürogebäuden und auf einem Balkon eines Juden. Sie tauch-

Antisemitismus

Antisemitismus ist die pauschale Ablehnung der Jüdinnen*Juden und des Judentums. Seinen Ausdruck fand und findet Antisemitismus in der Verleumdung, Ausgrenzung, Diskriminierung, Verfolgung und Vertreibung bis hin zu Versuchen der Vernichtung von jüdischen Menschen.

ten seit Herbst 2015 in Charlottenburg-Wilmersdorf auf. Die bedeutendste antisemitische Veranstaltung war der

Qudstag-Marsch. Es handelt sich um die größte antisemitische Demonstration in Deutschland. Dabei wurden antisemitische Parolen gerufen, und verunglimpfende Dämonisierungen Israels geäußert. Es gab 2 Kundgebungen am Messegelände der antisemitischen Gruppe „Boycott, Desinvestition, Sanktionen“, die den Boycott israelischer Firmen fordert. Es wurden 6-mal Stolpersteine beschädigt, beschmiert oder abgelegte Blumen zertreten. An der Hildegard-Wegscheider-Oberschule wurden Gedenktafeln gestohlen, die an in der Shoah ermordete Schülerinnen erinnern. 7 Angriffe waren antisemitisch motiviert. Es gab 6 Beleidigungen und Bedrohungen. Im Wahlkampf wurde der SPD 2-mal an Wahlkampfständen mitgeteilt, Juden besäßen alle Macht, einmal verbunden mit der Drohung: „Hitler wird euch alle holen.“ Einer Jüdin wurde in der S-Bahn von Mitreisenden der Sitzplatz verweigert. Antisemitismus stieg um 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Nur in Mitte gab es mehr antisemitische Vorfälle.

Der *Politische Gegner* wurde 31-mal zur Zielscheibe. Am häufigsten fanden Bedrohungen, Pöbeleien und Einschüchterungen statt. Im Februar störten Mitglieder der AfD eine Veranstaltung der linken Partei Die Grünen, im Juli wurde eine Fachtagung zu Populismus im Rathaus gestört. Im November veröffentlichte die AfD im Internet die E-Mail-Adressen des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei und des Leiters der Landeszentrale für politische Bildung. Der

Schulleiterin des Grauen Klosters drohte die AfD in einem Brief mit disziplinarischen Konsequenzen, nachdem sie einen Lehrer, der AfD-Funktionär ist, entlassen hatte. Die Identitäre Bewegung hing an der Technischen Universität ein Plakat auf, das ein Kopfgeld für Wiener Antifaschisten aussetzte. Sie wurden auf dem Plakat als „Mörder“ diffamiert. Am zweithäufigsten gab es Sachbeschädigungen gegen Gegner*innen. Zu Jahresbeginn wurde dem Veranstaltungsraum

Wilma163 zweimal das Türschloss verklebt. Die SPD-Kreisgeschäftsstelle wurde mehrfach mit rechtspopulistischen Aufklebern zugeklebt, sodass Aushänge

LGBTIQ*-Feindlichkeit

LGBTIQ* ist die Abkürzung für „Lesben, Gays, Bisexuelle, Transgender, Intersexe, Queers“. Die Feindliche Haltung ihnen gegenüber heißt u.a. auch Homophobie oder Transphobie.

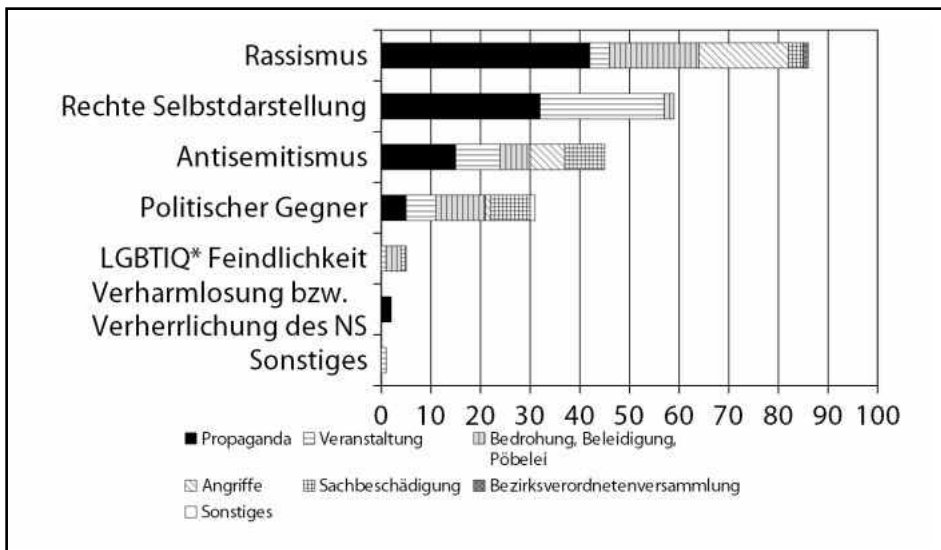


Abb. 9: Vorfälle nach Motiven und nach Vorfallsarten ausgewertet, 2016

nicht mehr verwendet werden konnten. Aktivitäten gegen den politischen Gegner verdoppelten sich etwa im Vorjahresvergleich. Nur in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick gab es mehr Vorfälle gegen den politischen Gegner. 5-mal wurden *LGBTIQ*-Feindlichkeit* aufgezeichnet. Herthafans zeigten im Oktober das homophobe Plakat „Lieber eine Mutter als zwei Väter“. Eine Frau wurde transphob als „Sau“ beschimpft.

In der Bibliothek des Konservatismus fand eine Mobilisierungsveranstaltung für den „Marsch für das Leben“ statt. Es gab nur 2 *Verherrlichungen des Nationalsozialismus*: Graffiti. Im Jahr 2015 war dies noch 19-mal geschehen. Dies liegt am Rückzug der reichsideologischen Gruppe „Neuschwabenlandtreffen“.

1 *sonstige* Veranstaltung war ein Totengedenken der AfD in der Piusbruderschaft in Wilmersdorf.

Raumnahme der Neuen Rechten im Bezirk

Während sich im neurechten Denken nur marginale Unterschiede zu modernisierten Ideen von Neonazis feststellen lassen, unterscheidet sich ihre Strategie jedoch radikal von dem Vorgehen von Nazikadern. Der *Neuen Rechten* geht es weniger um die Verbreitung von Angst und Schrecken und der Schaffung von No-Go-Areas als um den Brückenschlag in bürgerliche Milieus. Zentrale Akteur*innen der Bewegung arbeiten daran, den Kampf um die Straße in einen Kampf um die Köpfe zu transformieren und ihre Ideen in Sphären zu tragen, die eher kulturell als politisch sind. Wesentlich für diese Strategie sind massive Wortergreifungsstrategien im Internet aber auch die subtile Agitation in Alltagswelten von Milieus, die sie zu erreichen versuchen: dazu gehören Informationsveranstaltungen, Demonstrationen, Verbreitung von Plakaten, Stickers und Flyern sowie die Schaffung weitreichender Publikationsnetzwerke. Neben dem

Verschwörungsideologie

Verschwörungsideologien erklären Ereignisse durch konspirative Verschwörungen. Sie liefern vermeintliche Antworten, warum Menschen Schlechtes widerfährt. Dabei machen sie einen Zirkelschluss: Die Antwort wird vorausgesetzt. Daher sind Verschwörungsideologien unüberprüfbar.

Brückenschlag in liberale und bürgerliche Teile der Gesellschaft kann auch die Strategie der Einkreisung identifiziert werden, die versucht genuin linke und staatskritische Gruppen über Agitation gegen das Establishment und dem Aufrufen von Verschwörungstheorien zu mobilisieren (Infobox Querfront). Auch auf parteipolitischer Ebene versucht sich die Neue Rechte in weiten Teilen der Alternative für Deutschland (AfD) zu etablieren. Götz Kubitschek nannte dies in einem Artikel in der neurechten Sezession „Ausweitung der Kampfzone“ und „Öffnung eines zusätzlichen Resonanzraums“ (2013). All dies soll dazu dienen die Ideen der Neuen Rechten, die sich gegen eine vielfältige, tolerante und offene Gesellschaft richten, zu normalisieren und weithin salonfähig zu machen.

Für diese Strategien scheint *Charlottenburg-Wilmersdorf* besonders prädestiniert: Nicht nur bürgerliche, liberale und konservative, auch links sozialisierte und regierungskritische Gesellschaftsschichten können im Bezirk lokal und direkt angesprochen werden. Außerdem handelt es sich bei dem neurechten um einen Elitediskurs, der vermehrt auf ansässige Akademiker*innen abzielt. Daher sind auch die Bildungseinrichtungen des Bezirks wie die Technische Universität ins Visier genommen. Auch das Prestige und die Symbolik als traditioneller antikommunistischer Brückenkopf, das dem Berliner Westen zukommt, ruft die

Aktivitäten der Neuen Rechten auf den Plan. Obwohl sich neurechtes Denken durch eine latente Großstadtfreundschaft auszeichnet, kann der Bezirk definitiv als ein Fokuspunkt bundesweiter Bestrebungen bezeichnet werden.

Dass neurechte Akteur*innen auch 2016 im Bezirk vermehrt Fuß fassen konnten, wird von langjährigen Bestrebungen befördert, die seit mehreren Jahren versuchen, sich hier Räume anzueignen. Ein zentrales Ereignis ist der Umzug der Redaktionsräume der *Jungen Freiheit* 1996 an den Hohenzollerndamm in Wilmersdorf. Die Zeitung gilt bereits länger als „zentrale Publikation der Neuen Rechten“ und neuerdings zugleich als Hausblatt der AfD. Zusätzlich wählte auch die eine neurechte Stiftung Charlottenburg als Standort des besonders prestigeträchtigen Projekts einer eigenen Bibliothek, der *Bibliothek des Konservatismus* in der Fasanenstraße. 2013 wurde mit Spenden in der Fasanenstraße eine Immobilie erworben, die nun über 30 000 Titel in ihrem Katalog führt und als regelmäßiger Veranstaltungsort neurechter Events dient. Ferner spielen intensive Kontakte zu neurechten Aktiven im Nachbarbezirk Steglitz-Zehlendorf eine besondere Rolle: Sowohl das Umfeld der Burschenschaft Gothia als auch die besonders starke und völkisch ausgerichtete AfD-Bezirksgruppe des Bezirks gehören zur Unterstützungsstruktur.

Insbesondere Veranstaltungen oder Aktionen von neurechten Akteur*innen, die sich in (halb-)öffentlichen Räumen wie gastronomischen Einrichtungen, Bildungsinstitutionen oder

Veranstaltungsorten abspielen, dienen der Normalisierung neurechter Ideen, da die Besetzung solcher Räume ganz explizit der Taktik des Brückenschlags dient. 2016 wurden 42 Veranstaltungen der Neuen Rechten im Bezirk registriert, wobei die Zuordnung zu spezifischen

Neue Rechte

Die Neue Rechte ist eine uneinheitliche politische Strömung, die zwischen Konservativen und Neonazis verortet ist. Dazu gehören autoritäre, rassistische und völkische Vorstellungen. Einige neurechte Akteur*innen organisieren einen Brückenschlag zwischen diesen Ideen und bürgerlichen Milieus.

Akteuren wie etwa der Identitären Bewegung oder verschwörungsideologischen Zirkeln nicht endgültig vorgenommen werden kann, da es ein integraler Bestandteil der Brückenschlags ist, sich nicht als neurechter Akteur auszugeben, sondern die Inhalte eher subtil zu verbreiten. Beispielhaft für solche Raumaneignungen sind mehrere Veranstaltungen der Jungen Alternativen (JA) im Restaurant Bavarian im Europa-Center in der ersten Jahreshälfte. Die JA unterhält auf lokaler Ebene Kontakte zur Identitären Bewegung, deren Aktionen sich neben dem Anbringen von Stickern im öffentlichen Raum vermehrt auf den Campus der TU konzentrieren – davon wurden im vergangenen Jahr mindestens 6 Vorfälle registriert. Weiterhin wurden mindestens 10 verschwörungstheoretische Treffen in

verschiedenen gastronomischen Einrichtungen gezählt.

Massive *Besetzungen des öffentlichen Raums* wurden nicht nur durch Sticker- und Plakataktionen, sondern auch durch die zahlreichen Wahlkampfstände der AfD (mindestens 12) produziert, an deren Rande es teils zu rassistischen Äußerungen kam. Mit dem Einzug der Partei in die Bezirksverordnetenversammlung im September können neurechte Kräfte nun auf umfassende Ressourcen und Räumlichkeiten zurückgreifen. Und auch außerhalb des Rathauses richtet sich die Bezirksgruppe immer mehr ein – die Stammtische und verschiedene andere Veranstaltungen finden immer wieder Räumlichkeiten in

dem Restaurant Ratskeller. Und auch die Bibliothek des Konservatismus dient nach wie vor als Homezone der AfD und anderer neurechter Gruppen. Hier fanden 2016 mindestens 15 Veranstaltungen statt, die das neurechte Gedankengut der Bewegung in die Charlottenburger Bevölkerung tragen sollte. Zu den massiven Raumnahmeversuchen gehört auch die Störung von Veranstaltungen und die Einschüchterung des politischen Gegners – davon konnten 2016 25 Vorfälle registriert werden.

Gastbeitrag des Kritische Geographie Berlin e.V.

www.kritische-geographie-berlin.de

Das hilft: gemeinsam mit der Nachbarschaft

Rechte Gruppierungen organisieren besonders viele Veranstaltungen in Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie buchen dafür gern Hinterzimmer in allerhöchsten Gaststätten. Die Wirt*innen können dies meist nur schwerlich erkennen und prüfen nicht alle Besucher*innen.

Wenn Sie wissen, dass sich rechte Gruppen in ihrer Nachbarschaft treffen, können Sie selbst handeln.

Es war bereits sehr erfolgreich, Gaststättenpersonal darauf anzusprechen. Viele werden Ihren Hinweis dankbar entgegennehmen und der Gruppe Hausverbot erteilen. Sprechen Sie auch in der Nachbarschaft darüber und informieren Sie.

Das Register unterstützt Sie dabei. Kontaktieren Sie uns gern.

Gegen Geflüchtete und Muslime: AfD in der BVV

Seit den Wahlen vom September 2016 ist die rechtspopulistische, teilweise rechts-extreme AfD in jeder Berliner Bezirks-verordnetenversammlung (BVV) ver-treten. Die BVVen spielen eine wichtige Rolle in der Kommunalpolitik, denn sie sollen die Bezirksämter beraten, Wün-sche aus der Bevölkerung an sie heran-tragen, sie zum Handeln anregen und demokratische Kontrolle ausüben.

AfD

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine rechtspopulistische Partei. Sie ist ein Sammelbecken unterschiedlicher Kräfte, in dieser befinden sich neben rechts-populistischen und neurechten Personen und Positionen auch extrem rechte. Der Bezirks-verband sucht eine Nähe zur Neuen Rechten.

Da seit den Wahlen noch nicht einmal sechs Monate vergangen sind, ist es für eine umfassende Bilanz ihrer Tätigkeit noch zu früh, zumal die AfD in den Bezirken teilweise sehr unterschiedlich auftritt. Dennoch lässt sich jetzt schon sagen, dass die AfD zumeist um ein bürgerlich-seriöses, gewissermaßen staatstragendes Erscheinungsbild bemüht ist – und gleichzeitig immer wieder Vorbehalte gegen Minderheiten schürt.

Auch an der fünfköpfigen *BVV-Fraktion der AfD in Charlottenburg-Wilmersdorf* kann das nachvollzogen wer-

den. Die Fraktion hat schon eine ganze Reihe von Anfragen an das Bezirksamt gestellt. Solche Anfragen müssen vom Bezirksamt zeitnah und umfassend beant-wortet werden. So bekommen die Frak-tionen eine Faktengrundlage für eigene Anträge und für ihr Abstimmungsverhalten. Außerdem dienen Anfragen häufig dazu, auf wirkliche oder vermeintliche Probleme im Bezirk aufmerksam zu ma-chen und sie zur Diskussion zu stellen.

Mehr als ein Drittel der bis Anfang März von der AfD eingebrachten Anfragen drehten sich um *Geflüchtete und Menschen muslimischen Glaubens*. In jedem einzelnen Fall wurden diese Bevöl-kerungsgruppen in unterschiedlicher Weise als Problem, Kostenfaktor oder Gefährdung thematisiert. So ging es etwa um finanzielle „Zuschüsse für die Inte-gration“ oder die „Auswirkungen der Turnhallenbelegung durch Flüchtlinge“. Nirgends zeigte die AfD auch nur die geringste Spur einer Wertschätzung für nicht-weiße, nicht-deutsche Einwoh-ner*innen des Bezirks oder Solidarität mit ihnen und ihren Problemlagen.

Dieser rein negative, von Verdächtigung und Anschuldigung geprägte Blick auf Geflüchtete und Muslime ist das, was bisher am deutlichsten vom politischen Profil der AfD in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf erkennbar wird.

*Gastbeitrag der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin
www.mbr-berlin.de*

Über uns: Wie wir wirken

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wurde im Jahr 2013 eingerichtet. Kern der Arbeit ist rechte und diskriminierende Vorfälle zu veröffentlichen auf der Webseite www.berliner-register.de. Sie werden recherchiert und gesammelt, ausgewertet und analysiert.

Die Perspektive der Betroffenen steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Unsere Schwerpunkte im Jahr 2016 waren der Ausbau der Quellen und die analytische Begleitung des Wahlkampfes. Das Register

beriet lokale Akteur*innen und die Bezirkspolitik. Es gab Gespräche mit Jugendgruppen. Die Partnerschaft für Demokratie wurde beraten. Es fand ein inhaltlicher Austausch statt.

Alle zehn Berliner Registerstellen, die Opferberatung ReachOut und die Antisemitismusrecherche des VdK Berlin sowie Amaro Foro standen in engem fachlichen Austausch. Außerdem gibt es eine gemeinsame Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Unsere Anlaufstellen

Bei den Meldestellen des Registers Charlottenburg-Wilmersdorf können Sie Ihre eigenen Beobachtungen rechter Vorfälle berichten.

Anlaufstellen in Charlottenburg

Koordinierungsstelle des Registers

SJ - Die Falken Berlin

Schloßstr. 19, 14059 Berlin

Amaro Foro

Kaiser-Friedrich-Str. 19, 10585 Berlin

AStA-Büro Technische Universität

Str. des 17. Juni 135, 10623 Berlin

Bezirksbüro Die Linke

Behaimstr. 17, 10585 Berlin

Interkul. Frauen- u. Mädchentreff LiSA

Spandauer Damm 65, 14059 Berlin

Jugendklub Schloss 19

Schloßstr. 19, 14059 Berlin

Kiez Büro Klausenerplatz

Seelingstraße 14, 14059 Berlin

Kreisbüro SPD im Rathaus

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

SPD-Wahlkreisbüro Radziwill

Friedbergstr. 36, 14057 Berlin

SPD-Wahlkreisbüro Verrycken

Tauroggener Str. 45, 10589 Berlin

Anlaufstellen in Wilmersdorf

Jugend- und Kulturzentrum Spirale

Westfälische Str. 16a, 10709 Berlin

SPD-Wahlkreisbüro Becker

Fechnerstr. 6a, 10717 Berlin

Unser Dank gilt:



Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wird gefördert aus Mitteln des **Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus** der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung von Berlin.

Die **SJD – Die Falken LV Berlin** ist die Trägerin des Projekts.

Impressum

Herausgeber*innen: Register Charlottenburg-Wilmersdorf
Autorin, Redaktion: Lea Lölhöffel
Gastautor*innen: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin;
Kritische Geographie Berlin e.V.
Auflage: 1. Auflage - weboptimiert, 2017
Erscheinungsort: Berlin
Bildnachweis: Abbildungen 1-9: eigene Darstellung
Titelfoto: Kollage aus zwei Bildern. Linke Bildhälfte (Sticker), Gieschinger/Archiv Register CW, 2016. Rechte Bildhälfte (Richard-Wagner-Platz), Akron / Berlin, Charlottenburg, Stanice metra Richard-Wagner-platz.jpg, 16.07.2008 / Wikimedia Commons / CC by-sa 3.0 / <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>.
Druck: Flyeralarm, Würzburg
Website: www.falken-berlin.de *und* www.berliner-register.de

*Hier gibt es doch kein Nazi-problem... – so lautet eine verbreitete Annahme. Das **Register Charlottenburg-Wilmersdorf** geht dieser Frage auf den Grund: *Wir dokumentieren und analysieren rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk.* So machen wir Alltagsdiskriminierung sichtbar. Wir nehmen hierzu Vorfälle in eine Jahreschronik auf, die öffentlich bekannt werden, z.B. durch Zeitungen, im Internet oder bei Opferberatungen. Auf der Website der Berliner Register (www.berliner-register.de) gibt es unsere aktuelle Liste.*

Bürger*innen melden dem **Register Charlottenburg-Wilmersdorf** solche Vorfälle. Wir sammeln sie, werten sie aus und veröffentlichen sie. Für Anwohner*innen sind wir eine Anlaufstelle. Hier können sie auch

Ereignisse melden, die nicht zur Anzeige gebracht werden (sollen). Wir sind Betroffenen ein Sprachrohr und unterstützen sie.

Für demokratische Akteur*innen liefert das **Register Charlottenburg-Wilmersdorf** Handlungsgrundlagen gegen rechte und diskriminierende Strukturen. Anwohner*innen können von unserer Arbeit profitieren und *aktiv werden*, wenn Rechte in ihrem Kiez auftreten oder Diskriminierung verhindert werden kann. Die Bezirkspolitik kann unsere Analysen aufnehmen und reagieren.

Wir kooperieren mit den Registerprojekten in den anderen Berliner Bezirken und der Opferberatung ReachOut Berlin. Wir arbeiten mit den Fachrecherchestellen RIAS und Amoro Foro sowie mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zusammen.